

Führung/Kommunikation

Strategie statt Schnellschüsse in der Wohnungspolitik fordert der GdW

Der GdW Bundesverband vertrat in der öffentlichen Anhörung zur Wohnungs- und Immobilienwirtschaft am Anfang Juni im Deutschen Bundestag erneut die Interessen der Wohnungswirtschaft. In der Anhörung wurden der Bericht der Bundesregierung über die Wohnungs- und Immobilienwirtschaft in Deutschland <<http://dip21.bundestag.de/dip21/btd/17/112/1711200.pdf>> sowie Anträge der SPD für bezahlbares Wohnen in der sozialen Stadt <<http://dip21.bundestag.de/dip21/btd/17/112/1711200.pdf>> und der Linksfraktion für einen „Neustart des sozialen Wohnungsbaus“ <<http://dip21.bundestag.de/dip21/btd/17/124/1712481.pdf>> beraten.



Die Kuppel des Bundestags in Berlin;
Foto GDW

Angesichts stetig steigender Anforderungen und drohender Regulierungen warnte Dr. Christian Lieberknecht, Geschäftsführer des GdW, davor, gerade diejenigen Vermieter zu überfordern, die langfristig am Markt agieren und sich für sicheres und bezahlbares Wohnen einsetzen. „Die jüngsten Diskussionen um Mietpreisdeckel und Vermögensteuern führen keinesfalls dazu, dass es mehr bezahlbaren Wohnraum geben wird“, erklärte Lieberknecht. Im Gegenteil. Mit unkalkulierbaren Eingriffen in das Mietrecht doktert man an den Symptomen herum. Das eigentliche Problem löst man so aber nicht - im Gegenteil. Es wird nach hinten verschoben und dadurch verschärft, weil der Neubau durch Mietendeckelung ausgebremst wird und der steigenden

Mit unkalkulierbaren Eingriffen in das Mietrecht doktert man an den Symptomen herum

Nachfrage nicht mehr hinterherkommen kann. Die Situation verschärft sich, weil die politischen Ansprüche stetig steigen, so dass die Vermieter wesentlich mehr investieren müssen. Mehr Gebäude sollen energetisch saniert werden, es müssen mehr altersgerechte Wohnungen geschaffen und soziale Herausforderungen in den Stadtquartieren bewältigt werden. Außerdem sollte in Ballungsgebieten mehr gebaut, in strukturschwachen Regionen rückgebaut werden. Die finanziellen Mittel des Bundes dafür werden jedoch parallel weiter zurückgefahren. „Dass diese sich immer weiter öffnende Schere zu einer Verteuerung des Wohnens führen wird, kann sich jeder ausrechnen“, erklärte Lieberknecht. Die Politik müsse sich darüber klar werden, was sie wolle. „Wir fordern den Wiedereinstieg des Bundes in die Förderung des altengerechten Umbaus, eine starke Städtebauförderung und die Fortführung der Wohnraumförderung auf mindestens gleichem Niveau ab 2014“, so der GdW-Geschäftsführer.

Gezielte Neubaustrategie für die Ballungsregionen

Der GdW plädierte außerdem für eine gezielte Neubaustrategie für die Ballungsregionen. Dazu gehört die Verbesserung der steuerlichen Rahmenbedingungen für den Neubau durch den Bund - etwa eine Anpassung der Abschreibungssätze von 2 auf 4 Prozent - ebenso wie eine Vereinfachung und stärkere Regionalisierung der Länder-Förderprogramme. Auch sollte über die Einrichtung einer Baukostenkommission nachgedacht werden. „Das eigentliche Problem in den Ballungsregionen ist ein Angebotsengpass. Hier ist aber bis jetzt nur wenig politische Aktivität beim Gegensteuern zu erkennen. Sie beschränkt sich im Fall der Verschärfung des Ordnungsrechtes letztlich auf Schnellschüsse, die aber nicht an die Wurzel des Problems gehen. Der GdW Bundesverband deutscher Wohnungs- und Immobilienunternehmen vertritt als größter deutscher Branchendachverband bundesweit und auf europäischer Ebene rund 3.000 kommunale, genossenschaftliche, kirchliche, privatwirtschaftliche, landes- und bundeseigene Wohnungsunternehmen. Sie bewirtschaften rd. 6 Mio. Wohnungen, in denen über 13 Mio. Menschen wohnen. Der GdW repräsentiert damit Wohnungsunternehmen, die fast 30 Prozent aller Mietwohnungen in Deutschland bewirtschaften.“

Katharina Burkardt

■■■ KUNSTWERK
CARLSHÜTTE



**Nord
Art
2013**

graphic
object
sculpture

painting
matiere
installation
experiment
literature

music
video
photo
film

08. 06. – 06. 10. 2013

www.kunstwerk-carlshuette.de